

## Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

<b>I. Aktuelles aus der Gesetzgebung</b>	1
1. Hessische Beihilfeverordnung unverändert wieder in Kraft	1
2. Hessische Professorenbesoldung soll neu geregelt werden	1
3. Gesetzentwurf zur Reform der Organisationsstruktur der Schulverwaltungen (SchVerOrgRG) vorgelegt	2
<b>II. Aktuelles aus der Rechtsprechung</b>	2
<b>III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen</b>	2
1. Urlaubsrecht im TVöD auf Bundes- und Landesebene angepasst	2
a) Wirkung der Regelungen für den Bereich des TVöD	3
b) Wirkung der Regelungen für den TVAöD-BT BBiG, TVAöD-BT Pflege und den TVPöD	6
c) 33-Tage-Regelung bleibt unverändert	6
2. Erhöhung der Erschwerniszuschläge im Bereich des KAV Hessen e. V. vereinbart	7
<b>IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten</b>	7
<b>V. Neues auf Rehmnetz</b>	7
1. Fachbeiträge Beamtenrecht	7
2. News Personalvertretungsrecht	7
3. Rechtsprechung	7
4. Blog zum Beamtenrecht	7

### I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

#### 1. Hessische Beihilfeverordnung unverändert wieder in Kraft

In den vergangenen Ausgaben hatten wir ausführlich über die Absichten informiert, die Hessische Beihilfeverordnung (HBeihVO) zu ändern (Newsletter 1, Januar 2012, S. 1). Daraus ist nichts geworden. Nach einem erneuten Beteiligungsverfahren ist die HBeihVO mit Wirkung zum 1.7.2012 unbefristet und inhaltlich unverändert wieder in Kraft gesetzt worden (12. VO zur Änderung der HBeihVO v. 25.6.2012, GVBl. I 2012, S. 182). Damit ist ein langandauernder Konflikt jedenfalls vorläufig beendet.

#### 2. Hessische Professorenbesoldung soll neu geregelt werden

Das Land Hessen zieht die Konsequenzen aus der Entscheidung des BVerfG v. 14.2.2012 zur Verfassungswidrigkeit der seinerzeitigen Neuregelung der

Besoldung der Professorinnen und Professoren. Das Gericht hat dem Land aufgegeben, bis zum 31.12.2012 eine Neuregelung zu treffen. Ende Juni 2012 begannen die verschiedenen Beteiligungsverfahren durch das insoweit federführende Hess. Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Danach soll ein eigenes „Hessisches Professorenbesoldungsgesetz“ geschaffen werden. Eine strukturelle Einbindung in das (bestehende) HBesG ist nicht beabsichtigt. Es bleibt bei der Besoldungsordnung „W“ für diesen Bereich. Inhaltlich soll es jedoch in Zukunft in der Tat (wieder) so sein, dass sich das Einkommen dieses Personenkreises im Wesentlichen aus der Grundbesoldung ergibt und nicht, wie zuvor, nur zu einem geringen Teil, der dann durch Leistungsbezüge aufzustocken war. Das aus dem Tarifrecht (TVöD, TV-H etc.) bekannte System der Einordnung in die Stufe 1 der Tabelle bei Einstellung und dem nach Berufserfahrung orientierten Aufstieg in der Tabelle soll übernommen werden. Leistungsbezüge u.a. bleiben möglich.

Der Gesetzentwurf soll Mitte August in den Landtag

eingetragen werden, damit eine Verabschiedung noch vor Jahresende möglich ist.

### 3. Gesetzentwurf zur Reform der Organisationsstruktur der Schulverwaltungen (SchVerOrgRG) vorgelegt

Das Hessische Kultusministerium hat Ende April den Entwurf des o. a. Gesetzes in den Landtag eingebracht (LT.-Drucks. 18/5545 v. 25.4.2012). Er sieht im Kern die Schaffung eines (neuen) Landesschulamtes vor. Zu diesem Zweck werden die bisher im Geschäftsbereich des Kultusministeriums vorhandenen Behörden und Dienststellen (Staatliche Schulämter, Amt für Lehrerbildung, Institut für Qualitätsentwicklung) zusammengeführt, aber nicht unbedingt aufgelöst. So bleiben die Staatlichen Schulämter auch an ihren heutigen Standorten erhalten. Folgeänderung in anderen Gesetzen (HGIG, HPVG) werden ebenfalls vorgenommen. Mit einer schnellen Verabschiedung des Gesetzes ist eher nicht zu rechnen. Der Landtag führt Ende August eine mündliche Anhörung durch, zu deren Vorbereitung bis Ende Juli schriftliche Stellungnahmen einzureichen sind. Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass es hinsichtlich der zentralen Absicht des Entwurfs einige Kritik gibt. Die Sinnhaftigkeit dieser Organisationsmaßnahme wird bezweifelt.

## II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

Auf die **Rechtsprechung** des BAG v. 20.03.2012 zu § 26 TVöD (**Erholungsurlaub**) und den sich daraus ergebenden Konsequenzen sowohl für den Tarifbe-

reich des TVöD als auch für den Bereich des KAV Hessen e. V. wird unter III.1 näher eingegangen. Die TdL hat ver.di aufgefordert, noch vor Beginn der Tarifrunde 2013 auch im TV-L die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe lagen keine Informationen darüber vor, ob dies der Fall sein wird. Über den sich daraus auch für den dienstrechtlichen Bereich ergebenden Konsequenzen kann noch nichts gesagt werden. Diese müssen mit dem hessischen Tarifbereich (TV-H u. a.) synchron vorgenommen werden.

Weitere Entscheidung hinsichtlich der Frage der unzulässigen **Diskriminierung wegen des Lebensalters bei den Dienstaltersstufen** nach Besoldungsrecht (insbesondere BBesG i. d. seit dem 31.08.2006 statisch geltenden Fassung; vgl. Newsletter Ausgabe 2, April 2012, S. 2) liegen derzeit nicht vor.

Aktuelle personalvertretungsrechtliche Rechtsprechung liegt nicht vor.

## III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

### 1. Urlaubsrecht im TVöD auf Bundes- und Landesebene angepasst

Bekanntlich haben sich die Tarifvertragsparteien auf Bundesebene im Rahmen der Tarifrunde 2012 darauf verständigt, § 26 TVöD anzupassen und dabei im Wesentlichen die nach Alter gestaffelte Dauer des Erholungsurlaubs zu beseitigen. Dies führte auch zu einem Anpassungsbedarf der hessischen Regelungen auf kommunaler Ebene. Wir stellen die Konsequenzen beider Neuregelungen kurz dar:

NEU!

### Produktipp

#### Ihr neuer Online-Begleiter zu allen Fragen des Tarifrechts.

Erleben Sie das perfekte Hilfsmittel, mit dem Sie Ihre Arbeitsabläufe noch besser organisieren können. Verlassen Sie sich auf eine Wissensquelle in rehm-Qualität, die Sie immer auf den aktuellsten Stand bringt: das rehm cockpit TVöD. Die intelligente Suche sortiert für Sie die Antworten nach Ihren Bedürfnissen – in genau der Tiefe, die Sie wünschen.

„Das **ganze Wissen** des TVöD  
passt in keinen Kopf.  
Aber in Ihren **Computer**.“



JETZT 4 WOCHEN  
KOSTENLOS TESTEN!

[www.rehm-cockpit.de](http://www.rehm-cockpit.de)

### a) Wirkung der Regelungen für den Bereich des TVöD

Die Neuregelung führt zu folgenden praktischen Auswirkungen:

#### ► Urlaubsjahr 2011

Die Entscheidung des BAG zur unzulässigen, altersabhängigen Staffelung des Erholungsurlaubs nach § 26 Abs. 1 TVöD (Az.: 9 AZR 529/10) wurde am 20.3.2012 bekannt. Grundsätzlich war damit das Urlaubsjahr 2011 bereits beendet. Urlaubsjahr = Kalenderjahr (§ 26 Abs. 1 Satz 1 TVöD). Wer bis zum 31.12.2011 seinen vollständigen Jahresurlaub 2011 genommen hatte, hatte seinen Anspruch erhalten, es besteht für das Kalenderjahr kein darüber hinausgehender Anspruch mehr. Insoweit wird auch bei dieser Fallkonstellation eine Geltendmachung im März 2012 rückwirkend für das Urlaubsjahr 2011 ohne Erfolg sein, da die Voraussetzungen des § 37 Abs. 1 Satz 1 TVöD („Ansprüche aus...“) nicht vorliegen. Es bestand kein Anspruch mehr, der für 2011 bestandene Anspruch wurde realisiert.

Der durch die Rechtsprechung des BAG jedenfalls vorübergehend bis zu einer tariflichen Neuregelung begründete Anspruch besteht seit dem 20.3.2012 und damit dann erst für das Kalenderjahr 2012. War Urlaub aus dem Urlaubsjahr 2011 in das Urlaubsjahr 2012 übertragen worden (§ 26 Abs. 2 Buchst. a, Satz 1 TVöD), dann war er in den ersten drei Kalendermonaten des Jahres 2012 anzutreten. Diese Fälle konnten (und können) vorliegen bei anhaltender **Arbeitsunfähigkeit**, bei einem **Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz** (§ 17 MuSchG), wegen der **Inanspruchnahme von Elternzeit** oder im Falle der **Übertragung von restlichem Urlaub aus dem Jahre 2011 in das Urlaubsjahr 2012** (§ 7 Abs. 3 Satz 2 BUrlG).

In allen diesen tarifvertraglich bzw. gesetzlich geregelten Fällen (§ 26 Abs. 2 TVöD i. V. m. § 7 BUrlG) bestand dann im März 2012 noch ein restlicher Anspruch auf Erholungsurlaub aus dem Urlaubsjahr 2011. Soweit dieser Personenkreis dann auch auf unsere Anregung hin je nach Lage des Einzelfalles zwischen einem und vier Tagen zusätzlichen Erholungsurlaub für das Urlaubsjahr 2011 beantragt hat, ist über diesen Antrag nunmehr nach Lage des Einzelfalles zu entscheiden. Eine tarifvertragliche Regelung erfolgte nicht, sie war insoweit auch nicht erforderlich. Soweit bei den beschriebenen Fallkonstellationen

eine individuelle Geltendmachung nicht erfolgte, bleibt es bei dem Urlaubsanspruch nach § 26 Abs. 1 TVöD in der bis zum 29.2.2012 geltenden Fassung. Auch der landesbezirkliche TV Nr. 13/2012 v. 5.6.2012 (siehe unten) ändert hieran nichts.

#### ► Urlaubsjahr 2012

Mit Satz 2 und 3 des landesbezirklichen Tarifvertrages Nr. 13/2012 v. 5.6.2012 wird deutlich gemacht, dass auch im Geltungsbereich des KAV Hessen e. V. die im Rahmen der Tarifeinigung v. 31.3.2012 getroffenen Neuregelungen zum Urlaubsrecht vollumfänglich gelten.

Die bedeutet praktisch Folgendes:

Grundsätzlich ist zu beachten, dass nach § 26 Abs. 1 Satz 3 TVöD (unverändert) für die Berechnung des Urlaubs das Lebensjahr maßgebend ist, „*das im Laufe des Kalenderjahres vollendet wird*“. Nach der übereinstimmenden Auffassung in der Kommentarliteratur zum TV-L, auf die wegen des identischen Wortlautes des § 26 Abs. 1 Satz 4 TV-L zurückgegriffen werden kann, ist dies mit Blick auf §§ 187 Abs. 1 Satz 2; 188 Abs. 2, 2. Alt. BGB so zu verstehen, dass damit das nächste Lebensjahr am **Tag vor dem Geburtstag** vollendet wird. Dieser Tag ist maßgebend. Am Geburtstag selbst „ist“ man dann ein Jahr älter (BAG v. 19.8.1965, Az.: 2 AZR 448/64 – AP Nr. 1 zu § 168 BGB; *Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese* § 26 TV-L Rn. 276; *Sponer/Steinherr* § 26 TV-L Rn. 147<sup>1)</sup>).

Die Neufassung des **§ 38a Abs. 1 Satz 1 TVöD** i. d. F. des § 1 Nr. 4 des 7. ÄndTV v. 31.3.2012 zum TVöD v. 13.9.2005 garantiert denjenigen, die *vor* dem 1.1.1973 geboren sind, einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen. Wer z. B. am 31.12.1972 geboren ist, vollendet am 30.12.2012, 24.00 Uhr das 40. Lebensjahr.

<sup>1)</sup> Diese Entscheidung geht zurück auf § 48 Abs. 1 BAT, dessen Formulierung „bis zum vollendeten 30. Lebensjahr...“ in § 26 Abs. 1 Satz 1 TVöD-AT übernommen wurde. Dementsprechend wurde schon in der Kommentierung zum BAT die Auffassung vertreten, dass z. B. derjenige, der am 1.1. geboren ist, noch im vorherigen Jahr den Anspruch auf den höheren Urlaub hat, weil ein weiteres Lebensjahr am 31.12., 24.00 Uhr vollendet wird (*Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese* § 48 BAT Rn. 1).

<sup>2)</sup> Diese Regelung war nach Teil A, Nr. 3, Buchst. b) der Tarifeinigung v. 31.3.2012 ursprünglich als neuer § 15 Abs. 1 TVÜ-VKA/Bund vorgesehen. Im Rahmen der Redaktionsverhandlungen wurde dies systematisch geändert.

Dieser Tag ist maßgebend, da die tarifliche Regelung, wie dargestellt, ausdrücklich nicht darauf abstellt, dass ein Lebensjahr vollendet **ist**, sondern wann das Lebensjahr „vollendet **wird**“. Bei der Berechnung des Lebensalters wird der Tag der Geburt mitgerechnet (§ 187 Abs. 2 Satz 2 BGB).

Folglich endet die Berechnung in diesen Fällen dann auch immer mit dem Tag vor dem eigentlichen Geburtstag (§ 188 Abs. 2, 2. Alt. BGB). Dies hat zur Folge, dass das jeweilige Lebensjahr am Tag vor dem eigentlichen Geburtstag um 24.00 Uhr „vollendet wird“ und es dann am eigentlichen Geburtstag um 0.00 Uhr „vollendet ist“.

Bei dem genannten Beispiel (geboren am 31.12.1972) wird mithin das 40. Lebensjahr am 30.12.2012, 24.00 Uhr „vollendet“. Damit erhalten diese Beschäftigte im Urlaubsjahr 2012 bereits einen Anspruch auf 30 Arbeitstage Erholungsurlaub (§ 26 Abs. 1 Satz 2, 3 TVöD-AT in der bis zum 29.2.2012 geltenden Fassung, nachfolgend „a. F.“ abgekürzt). § 38a Abs. 1 Satz 1 TVöD i. d. ab dem 1.3.2012 geltenden Fassung garantiert diesem Personenkreis einen dauerhaften Anspruch auf 30 Tage Erholungsurlaub. Im gewählten Beispielsfall (geb. am 31.12.1972) ändert sich damit an dem im Jahre 2012

bereits bestehenden Urlaubsanspruch nichts.

Auf Grund des § 3 Abs. 2 des LBezTV Nr. 24/2010 erhöht sich dieser Urlaubsanspruch bei Vollendung des 50. Lebensjahres um 3 Tage auf dann 33 Tage, wenn es sich um einen Beschäftigten einschließlich des Geburtsjahrgangs 1970 handelt, der bereits im Jahre 2010 Beschäftigter im Geltungsbereich des KAV Hessen e. V. war.

Nach **§ 38a Abs. 1 Satz 2 TVöD** bleiben für das Kalenderjahr 2012 bestehende Ansprüche auf Erholungsurlaub über die Regelungen des § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD a. F. hinaus bestehen. Hierbei handelt es sich um eine **Übergangsregelung für das Jahr 2012**. Unabhängig davon, ob ein Beschäftigter ab bzw. nach dem 20.3.2012 einen Anspruch auf höheren Urlaub (30 statt 26 Tagen oder 30 statt 29 Tagen) individuell geltend gemacht hat oder nicht, erhält er ebenfalls nach Maßgabe der Entscheidung des BAG v. 20.3.2012 für das Urlaubsjahr 2012 30 Tage Urlaub. Dies ergibt sich u. a. aus der gewählten Formulierung „für die nicht von Satz 1 erfassten Beschäftigten“. Diese verdeutlicht, dass es auf die individuelle Geltendmachung eines höheren Anspruchs für das Jahr 2012 nicht ankommt. Soweit er jedoch zu dem Personenkreis derjenigen gehört, die ab dem 1.1.1973 geboren sind, bedeutet dies, dass für sie bzw. ihn dann ab dem Urlaubsjahr 2013 die Staffelung des § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD i. d. ab dem 1.3.2012 geltenden Fassung Anwendung findet. Dies bedeutet auch, dass, soweit das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, dann in Abhängigkeit vom Lebensalter z. B. ein Anspruch auf 29 Tage Urlaub (statt zuvor 26 Tage) besteht.

Die Tarifvertragsparteien ziehen insoweit damit die Konsequenz aus der Entscheidung des BAG v. 20.3.2012, wonach die bisherige Altersstaffelung nicht zulässig war und jedenfalls bis zu einer Neuregelung nur so zu beseitigen ist, dass der höchste Urlaubsanspruch gilt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der höhere Urlaubsanspruch individuell geltend gemacht wurde oder nicht. Es handelt sich um eine kollektiv wirkende, tarifliche Regelung. Voraussetzung ist neben dem Geburtsdatum lediglich, dass jedenfalls im Laufe des Jahres 2012 überhaupt ein Beschäftigungsverhältnis zu einem Arbeitgeber besteht, der Mitglied des VKA bzw. des KAV Hessen e. V. ist. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass bei einer Be-



### Produktipp

v. Roetteken/Rothländer

#### **Hessisches Bedienstetenrecht - HBR**

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9511-7  
€ 149,95 zzgl. Aktualisierung  
€ 299,95 ohne Aktualisierung

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.



gründung des Beschäftigungsverhältnisses im Laufe des Kalenderjahres 2012 lediglich ein Anspruch auf „ein Zwölftel des Urlaubsanspruchs“ besteht (§ 26 Abs. 2 Buchst. b TVöD-AT). Die eigentliche Neuregelung des § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD (= grundsätzlich 29 Tage; ab dem Kalenderjahr, in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird, dann 30 Tage) gilt damit praktisch erst ab dem Urlaubs- bzw. Kalenderjahr 2013.

Wer am **1.1.1973** geboren ist, vollendet sein 40. Lebensjahr am 31.12.2012, 24.00 Uhr. Damit hat nach § 26 Abs. 1 Satz 1, 3 TVöD-AT a. F. ab dem Kalender- bzw. Urlaubsjahr 2012 ein Anspruch auf 30 Tagen Erholungsurlaub bestanden. Für das Urlaubs- bzw. Kalenderjahr 2012 bleibt es auch dabei (§ 38a Abs. 1 Satz 2 TVöD). Ein dauerhafter Anspruch besteht wegen der Stichtagsregelung nach § 38a Abs. 1 Satz 1 TVöD (vor dem 1.1.1973 geboren) nicht. Auch auf diesen Fall findet § 38a Abs. 1 Satz 2 TVöD Anwendung. Ab dem Kalenderjahr 2013 gilt dann jedoch für diesen Personenkreis wieder der Anspruch auf 29 Tage.

Wer am **2.1.1973** geboren ist, vollendet sein 40. Lebensjahr am 1.1.2013, 24.00 Uhr. Auf ihn findet die dauerhafte Regelung des § 38a Abs. 1 Satz 1 TVöD ebenfalls keine Anwendung; allerdings die Übergangsregelung für das Urlaubsjahr 2012 nach § 38a Abs. 1 Satz 2 TVöD. Ab dem Jahr 2013 besteht inso-

weit unverändert ein Urlaubsanspruch von 29 Tagen, der sich erst in dem Jahr erhöht, in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird (§ 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD i. d. ab dem 1.3.2012 geltenden Fassung).

Wer z. B. am **1.1.1974** geboren ist, vollendet sein 40. Lebensjahr am 31.12.2013, 24.00 Uhr. Nach § 26 Abs. 1 Satz 1 TVöD-AT a. F. hätte mithin (erst) ab dem Urlaubsjahr 2013 ein dauerhafter Urlaubsanspruch von 30 Tagen bestanden. Bezogen auf das **Urlaubsjahr 2012** erhalten auch diese Beschäftigten einen Erholungsurlaub im Umfang von 30 Tagen (§ 38a Abs. 1 Satz 2 TVöD). Ab dem **Urlaubsjahr 2013** reduziert sich dieser dann wieder um einen Tag auf 29 Tage. Mithin der Anspruch, der vor der BAG-Entscheidung bestand. Eine Steigerung auf 30 Tage erfolgt erst ab dem Jahr, in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird (2028).

Die genannten Personenkreise (Jahrgänge 1973, 1974) fallen auch nicht unter § 3 Abs. 2 des landesbezirklichen Tarifvertrags Nr. 24/2010 v. 24.8.2010, weil die Besitzstandsregelung sich auf die Geburtsjahrgänge 1961 bis einschließlich 1970 bezieht.

Bei allen gewählten Daten und Zeitpunkten handelt es sich fraglos um **Stichtagsregelungen**. Wir haben insgesamt damit den Zweck nach Herstellung größtmöglicher Einzelfallgerechtigkeit verfolgt, soweit das mit Blick auf das seit dem 20.3.2012 zu Grunde liegende Problem möglich war. Nach der ständigen Rechtsprechung des BAG sind Stichtagsregelungen Ausdruck einer gebotenen pauschalierten Betrachtung. Sie sind aus Gründen der Praktikabilität ungeachtet der damit verbundenen Härten zur Abgrenzung des begünstigten Personenkreises gerechtfertigt, wenn sich die Wahl der Stichtagsregelung am gegebenen Sachverhalt orientiert und demnach vertretbar ist (BAG 16.12.2004 – 6 AZR 652/03; 25.6.2003, ZTR 2004, S. 190 ff.; 25.10.2001 – 6 AZR 560/00 – EzBAT BAT § 40 Nr. 20; 18.10.2000 – 10 AZR 643/99 – AP BAT-O § 11 Nr. 24). Stichtagsregelungen sind Typisierungen der Zeit. Auch bei solchen Typisierungen unterliegt der Normgeber Bindungen, wenn sich die Regelung auf die Ausübung eines Grundrechts auswirken kann (BVerfG v. 15.7.1998, ZBR 1999, S. 121 = BVerfGE 98, 365). Dies ist vorliegend gewahrt. Mit den hier getroffenen Regelungen haben die Tarifvertragsparteien den von der Rechtsprechung gelassenen Spielraum gewahrt und eingehalten.



### Produktipp

v. Roetteken/Rothländer

#### Hessisches Bedienstetenrecht - HBR

Teilausgabe IV: Beamtenrecht



Loseblattwerk in 7 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9811-8  
€ 269,95 zzgl. Aktualisierung  
€ 399,95 ohne Aktualisierung

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

### ► **Urlaubsjahr 2013**

Ab dem Urlaubsjahr 2013 gilt dann mit Ausnahme des von § 38a Abs. 1 Satz 1 TVöD erfassten Personenkreises die neue Regelung des § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD-AT:

- einheitlicher Anspruch auf 29 Tage,
- ab dem Kalenderjahr, in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird, 30 Arbeitstage.

Im Übrigen bleibt es aber bei der Regelung des § 26 Abs. 1 Satz 3 TVöD, wonach für die Dauer des Erholungsurlaubs im Kalenderjahr das Lebensalter maßgebend ist, das im Laufe des Kalenderjahres vollendet wird. Wer also am 31.12. das 55. Lebensjahr vollendet (nicht vollendet hat), hat bereits ab dem 1.1. den Anspruch auf 30 Tage und kann sie einplanen. Daran ändert auch die insoweit etwas unglückliche Formulierung des § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD nichts, wonach der erhöhte Urlaubsanspruch auf 30 Tage erst „nach dem vollendeten 55. Lebensjahr....“ besteht. Diese Regelung ist eben nicht so zu verstehen, dass der zusätzliche Urlaubstag z. B. bei einem Ende Dezember liegenden Geburtstag erst danach geplant und genommen werden kann. Der zusätzliche Urlaubstag steht schon im gesamten Urlaubs- bzw. Kalenderjahr zur Verfügung, also ab dem 1.1.

### **b) Wirkung der Regelungen für den TVAöD-BT BBiG, TVAöD-BT Pflege und den TVPöD**

Durch Satz 2 und 3 des landesbezirklichen Tarifvertrages Nr. 13/2012 v. 5.6.2012 wird sichergestellt, dass sich die Dauer des Erholungsurlaubs für diesen Bereich dann auch in Hessen im Geltungsbereich des KAV Hessen e. V. nach den Neufassungen der jeweiligen Tarifverträge richtet. D. h., in aller Regel 27 Tage p. a. Für alle drei Tarifverträge gilt, dass eine Übergangsregelung für das Jahr 2012 aufgenommen wurde. Wie schon im Geltungsbereich des TVöD-AT kommt es auf eine individuelle Geltendmachung nicht an.<sup>3)</sup> Ausschließlich für den **Bereich der Pflegeberufe** gilt darüber hinaus, dass im 2. bzw. 3. Ausbildungsjahr ein weiterer Urlaubstag gewährt wird, wenn Auszubildende Schichtdienst leisten (§ 9 Abs. 1 Satz 2 TVAöD-BT-Pflege i. d. F. des 5. ÄndTV v. 31.3.2012). Dies gilt dann bereits für das Urlaubsjahr 2012.

<sup>3)</sup> § 2 des 4. ÄndTV zum TVAöD-BT BBiG v. 31.3.2012; § 2 des 5. ÄndTV zum TVAöD-BT Pflege v. 31.3.2012; § 2 des 3. ÄndTV zum TVPöD v. 31.3.2012.



### Produktipp

v. Roetteken

#### **Hessisches Gleichberechtigungsgesetz - HGIG**



Loseblattwerk in 3 Ordnern  
€ 159,95 zzgl. Aktualisierung  
€ 199,95 ohne Aktualisierung  
ISBN 978-3-7685-6602-5

[\[Mehr Info\]](#)

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz hat vielfältige Auswirkungen auf die Organisation öffentlicher Dienstleistungen und die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Der Kommentar gibt eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes und bietet zugleich auch Anregungen, wo und wie Verbesserungen im Sinne von mehr Gleichberechtigung gemacht werden können.

### **c) 33-Tage-Regelung bleibt unverändert**

Satz 4 des landesbezirklichen Tarifvertrages Nr. 13/2012 v. 5.6.2012 stellt klar, dass § 3 des Landesbezirkstarifvertrages Nr. 24/2010 v. 24.8.2010 „*unberührt bleibt*“. Dieser gilt mithin inhaltlich unverändert weiter. Dies bedeutet:

- wer im Laufe des Kalenderjahres 2010 das 50. Lebensjahr vollendet hatte, behält den Anspruch auf 33 Tage (§ 4 Abs. 1 LBezTV Nr. 24/2010),
- die Jahrgänge 1961 bis einschl. 1970 erhalten den zusätzlichen Urlaub von 3 Tagen ab dem Kalenderjahr, in dem sie das 50. Lebensjahr vollenden (§ 4 Abs. 2 LBezTV Nr. 24/2010).

Wer spätestens am 31.12.1970 geboren ist, hatte schon seit dem Jahr 2010 den Anspruch auf 30 Tage Erholungsurlaub. Daran änderte auch § 3 Abs. 1 Satz 1 nichts. Dessen Urlaubsanspruch steigt in dem Kalenderjahr, in dem das 50. Lebensjahr vollendet wird, um 3 Tage auf dann 33 Tage. Zwischen der letzten, altersbedingten Steigerung liegen rund 10 Jahre. Auch wenn dies eine Zeitspanne ist, die das BAG möglicherweise als zu knapp bemessen für eine legitime Altersdifferenzierung betrachtet, ist sie als eine für den begrenzten Zeitraum von 10 Jahren bemessene Übergangsregelung akzeptabel. Bei dieser Beurteilung wird insoweit auf die Entscheidung des *EuGH* v.

8.9.2011 (ZTR 2011, S. 664) zum System der Überleitung vom BAT in den TVöD bei gleichzeitiger Ablösung des altersbezogenen Stufenaufstiegs nach § 27 BAT zurückgegriffen.

## 2. Erhöhung der Erschwerniszuschläge im Bereich des KAV Hessen e. V. vereinbart

Im Nachgang zum Tarifiergebnis des Jahres 2012 im Bereich des TVöD war es erforderlich, eine weitere Anpassung der noch auf Grundlage des BMT-G II ermittelten und gezahlten Erschwerniszuschläge vorzunehmen. Dies ist jetzt mit dem Abschluss des landesbezirklichen Tarifvertrages Nr. 14/2012 v. 5.6.2012 gelungen. Die Erschwerniszuschläge werden zum gleichen Zeitpunkt und in der gleichen Höhe erhöht, wie dies auch die Tarifeinigung v. 31.3.2012 vorsieht.

*Christian Rothländer,  
Sekretär beim ver.di Landesbezirk Hessen,  
Mitherausgeber des „HBR –  
Hessisches Bedienstetenrecht“*

## IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen.

Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

### August 2012:

257. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
70. Aktualisierung der Teilausgabe I  
§§ 23-25, 31, 65, 79, 86 HPVG

### September 2012:

258. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
122. Aktualisierung der Teilausgabe IV  
§ 95 HBG  
Vorschriften

### Oktober 2012:

259. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
123. Aktualisierung der Teilausgabe IV =  
14. Aktualisierung BeamtStG  
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis  
§§ 21, 22, 25, 43, 44, 46 BeamtStG

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

## V. Neues auf Rehmnetz

### 1. Fachbeiträge Beamtenrecht

[Die Sonderzahlungen des Bundes und der Länder](#)

### 2. News Personalvertretungsrecht

[Social Media am Arbeitsplatz – unerwünschtes Privatvergnügen oder unvermeidbare Entwicklung?](#)

### 3. Rechtsprechung

[Kettenbefristung und Rechtsmissbrauch](#)

### 4. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Tragen von Polizeiuniform außerhalb des Dienstes](#)

[Fürsorgepflicht – was ist das?](#)

[Gerechte Arbeitsverteilung im öffentlichen Dienst](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

### Tip

**Viele weitere Informationen zum Thema Beamtenrecht finden Sie auf [www.rehmnetz.de/beamtenrecht](http://www.rehmnetz.de/beamtenrecht)**

### Impressum:

R.v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,  
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg  
E-Mail: [claudia.luz@hjr-verlag.de](mailto:claudia.luz@hjr-verlag.de)  
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-523

### Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an [hbr@hjr-verlag.de](mailto:hbr@hjr-verlag.de).

### Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2012, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg